

Eichenberger

Revolution im Bundeshaus



Die Bundesratswahl wird spannend. Denn die FDP revolutioniert gerade das Wahlverfahren. Bisher unterlag die Wahl verschiedenen impliziten und expliziten Proporzregeln. Gemäss Bundesverfassung müssen die Landesgegenden und Sprachregionen und gemäss Vernunft die Geschlechter und Parteien angemessen vertreten sein.

Nach engem Sprachen- und Geschlechterproporz müssten knapp fünf Bundesräte deutsch-, knapp zwei französisch- und rund ein halber italienischsprachig sowie gut dreieinhalb weiblich sein. Wegen der Unteilbarkeit von Bundesräten wurden bisher der Sprachen- und Geschlechterproporz dynamisch verstanden und nur eine angemessene Vertretung über die Zeit angestrebt. Frauen und Tessiner, aber auch Ost- und Nordwestschweizer sind schon länger und Deutschschweizer insgesamt seit kurzem untervertreten. Nur der Parteienproporz wird von vielen als fixe Regel gesehen: je zwei Sitze für die drei grössten Parteien und einer für die viertgrösste.

Nach bisheriger Usanz müsste nun die FDP mindestens zwei Kandidaten portieren, die dem dynamischen Regionen- und Geschlechterproporz dienen, also wenn möglich aus der italienischen oder der Deutschschweiz stammen und weiblich sind. Wenn die FDP nun wie absehbar keine solchen Kandidaten vorschlägt, optiert

«Doris Leuthards Nachfolge wäre dann ein Fall für die FDP»

sie klar für eine sehr dynamische Interpretation der Proporzvorgaben: Sprach- und Landesregionen und Geschlechter können auch längerfristig untervertreten sein, wenn es das Finden geeigneter Kandidaten erleichtert.

Damit sind wir am entscheidenden Punkt: Die FDP hat keine zwei Kan-

didaten, die die Proporzregeln erfüllen. Entsprechend sinnvoll ist deren Flexibilisierung und Dynamisierung. Das aber gilt nicht nur für den Sprachen- und Geschlechterproporz, sondern erst recht für den Parteienproporz. Die Parteien sollten über die Zeit gemäss ihren Wähleranteilen bei National- und Ständeratswahlen im Bundesrat angemessen vertreten sein, nicht zu jedem Zeitpunkt gemäss ihrem Grössenrang. So sollten die SP mit insgesamt 55 Sitzen im National- und Ständerat sowie die FDP mit 46 Sitzen im Bundesrat im mehrjährigen Durchschnitt stärker vertreten sein als die CVP mit 40 Sitzen, aber nicht zu jedem Zeitpunkt doppelt so stark.

Naheliegender wäre es deshalb, die fähigsten Vertreter nicht stur aus derjenigen Partei auszuwählen, deren Vertreter gerade zurückgetreten sind, sondern auch aus den Parteien, die bisher tendenziell untervertreten waren. Aus einer solchen dynamischen Sicht sollten für die jetzige Bundesratswahl nicht nur FDP-, sondern auch CVP-Vertreter und -Vertreterinnen kandidieren, insbesondere Tessiner und Deutschschweizerinnen. Falls die Vereinigte Bundesversammlung eine oder einen von ihnen wählt, wäre dafür die bald anstehende Nachfolge von Doris Leuthard ein Fall für die FDP.

Dank einer solchen Öffnung und Flexibilisierung der Kandidatenauswahl könnten gleichzeitig die Sprachen-, Regionen-, Geschlechter- und Parteienproporzziele besser erfüllt werden, und dank der grösseren Auswahl an Kandidaten könnte mehr Gewicht auf ihre Fähigkeiten gelegt werden.

Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Ordinarius für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema, Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Die andere Sicht von Peter Schneider

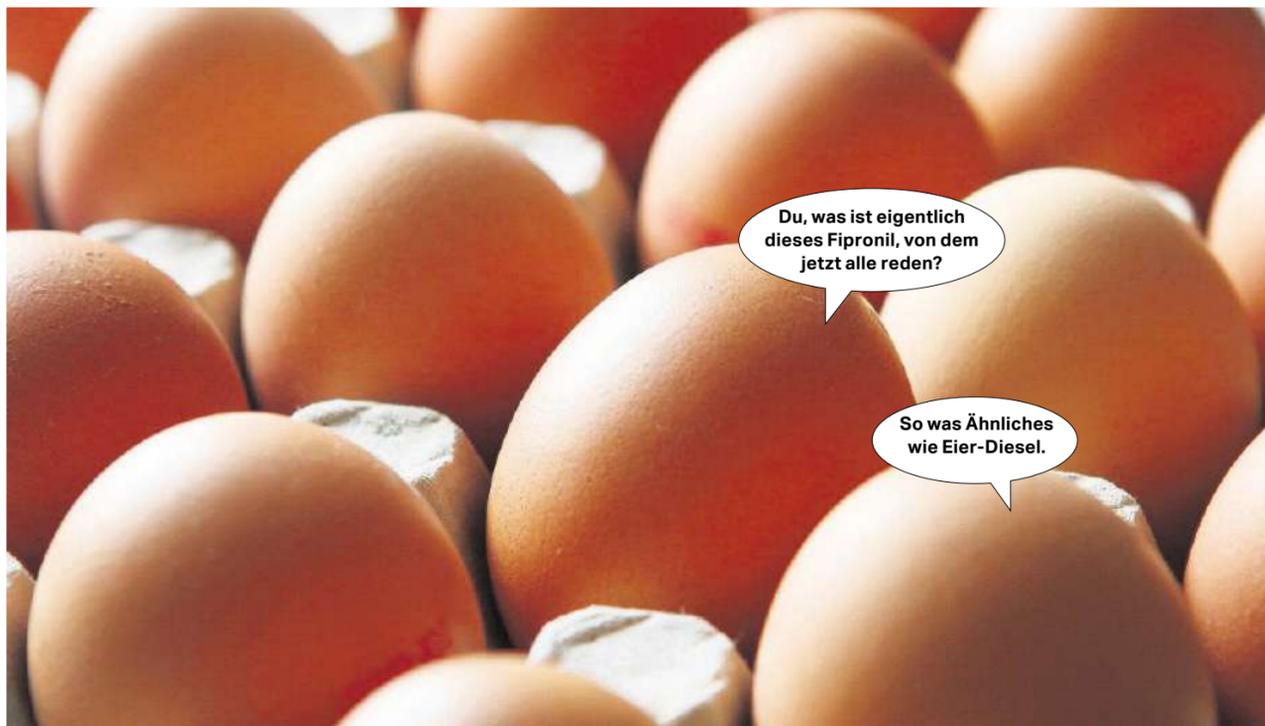


Foto: Keystone

Eine menschliche Tragödie, nicht nur eine tierische

Im Fall des Tierquälers von Hefenhofen haben die Behörden und das Umfeld doppelt versagt, findet Tina Huber

Knapp zehn Jahre ist es her, dass der Pferdehändler Ulrich K. das erste Mal in den Medien erschien: als brutaler Tierquäler, der ein Pferd beim Beschlagen zu Tode misshandelt habe und deswegen verurteilt wurde. Seit damals stand der heute 49-Jährige immer wieder vor Gericht; wegen Tiermisshandlung, Drohung gegen Behörden und anderer Delikte.

Spätestens da wusste eine breite Öffentlichkeit um die Zustände auf dem riesigen Hof von K., auf dem zuletzt rund 250 Pferde, Schweine, Rinder und Schafe unter teilweise desolaten Umständen hausten. Und dass in der 1200-Seelen-Gemeinde Hefenhofen TG keiner Bescheid wusste, kann niemand ernsthaft behaupten. Ganz zu schweigen von den Pferdezüch-

terkreisen, in denen sich K. bewegte, vom Freibergerverband, der bis zuletzt Fohlenprämien auszahlte, und dem Thurgauer Veterinäramt, das dem streitbaren Landwirt trotz jahrelanger Querelen nicht beizukommen vermochte. Auch bei Hobbyrösselern war K. schon lange in Verruf geraten: «Als ich seinen Namen hörte, ging mir der Laden runter», schrieb eine Nutzerin in einem Pferdeforum.

Doch alle schauten weg: um den aufbrausenden K. nicht zu provozieren, um dem jovialen Nachbarn aus dem Dorf nicht ins Gehege zu kommen, um ihn angesichts seiner persönlichen Probleme nicht zu belasten. Denn in letzter Zeit wuchs K. alles über den Kopf. Komplett überfordert sei er gewesen, sagen Leute aus dem Umfeld, zu-

mal er innert kurzer Zeit eine Trennung und den Tod seines Vaters habe verkraften müssen.

Wenn die Thurgauer Behörden vor diesem Hintergrund nicht den Eklat suchten und auf eine «deeskalierende Strategie» setzten, mag dahinter eine gute Absicht stecken. Doch das ist falsche Rücksicht. Ist jemand derart überfordert, dass er Tiere aufs Gröbste vernachlässigt, dann muss der Staat handeln – auch im Interesse des Menschen, der offenbar nicht mehr in der Lage ist, zu erkennen, dass er die Kontrolle verloren hat. Das Versagen der Behörden, des Dorfes, des gesamten Umfeldes von K. ist somit ein doppeltes: sowohl in Bezug auf die Tiere, die leiden mussten, als auch auf K., der offensichtlich Hilfe benötigte. Schweiz — 7

Tina Huber, Nachrichtenredaktorin



Medienmacher

Gift für die Branche

Sitzen Sie vor dem Frühstücksei? Oder haben Sie heute wegen der Eieraffäre darauf verzichtet? Halb Europa diskutiert über Gifteier aus Belgien und den Niederlanden, nachdem Rückstände von Fipronil festgestellt worden waren. Fipronil ist ein Insektizid gegen Parasiten wie Zecken, Milben und Schaben. Die Putzfirma Chickfriend soll Bauern mit einem Wundermittel beliefert haben, das Legehennen vor Ungeziefer schützt – aber offenbar Fipronil enthält. So gelangte das Gift ins Ei. Das lernten wir letzte Woche aus den Medien.

Grosse Aufregung kam auf, nachdem ein niederländischer Lebensmittelkontrolleur am Fernsehen empfindlich, keine Eier mehr zu essen. Das schlug ein – das Zitat des Beamten wurde zur Panikschleuder. «Darf ich noch Eier essen?», titelte SRF.ch. «Wie gefährlich ist das Gift für den

Menschen?», fragte der «Blick». «Sind auch Nudeln und Kuchen verseucht?», war auf einem deutschen Nachrichtenportal zu lesen. Die Angst war gesät. Letzte Woche erschienen allein in den wichtigsten Publikationen der Deutschschweiz über 100 Beiträge über das Gift. Dies, obschon Schweizer Eier nicht betroffen sind. Der Einsatz von Fipronil ist bei uns seit drei Jahren verboten. Experten hatten längst entwarnt: Ein Erwachsener müsste innerhalb eines Tages sieben Eier aus der höchstbelasteten Kategorie verschlingen, damit der Grenzwert überschritten wird. Wer isst schon sieben Eier?

«Oft kommt es innert Tagen zu medialer Überhitzung»

Doch das ist vielen Publikationen wurst. Es gilt die Regel: Je intensiver die Branche über ein Problem berichtet, desto schwieriger wird es für einzelne Medien, sich zurückzuhalten. Der Schrecken fürs Publikum wird potenziert,

weil durch Zeitungen alarmierte Behörden gern dem Aktivismus verfallen. So auch bei uns, wo Bund und Kantone derzeit Fipronil-Kontrollen durchführen.

Bleinudeln, Pferdelaasagne, Salmonellenkäse, Östrogen-Kalbfleisch, Pestizidreis oder Gammelmozzarella – verunreinigte, verdorbene, falsch deklarierte Lebensmittel stehen zu Recht oben auf der Agenda von Redaktionen. Aber oft kommt es innert Tagen zu medialer Überhitzung, wie jetzt beim Eieralarm. Bis offizielle Erkenntnisse zum Gift in der Schweiz vorliegen, weiss niemand mehr, was Fipronil ist. Dann beschäftigt uns bereits eine neue Angst.

Simon Bärtschi, Mitglied der Chefredaktion

medienmacher@sonntagszeitung.ch